Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreisverband Ludwigslust-Parchim

– A N T R A G –
des SPD-Ortsvereins Siebendörfermoor

Datum 20.11.2026	***Abgabe:***
Antrag gestellt am 23.10.2026	***Antragssteller***
	SPD-Ortsverein Siebendörfermoor

Beschlussgegenstand

Netzausbau in Mecklenburg-Vorpommern beschleunigen – Genehmigungen vereinfachen, Verfahren verlässlich machen

Antrag/Beschlussvorschlag

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

Die SPD Ludwigslust-Parchim fordert ihre Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Land und Kreis auf, sich für die folgenden Maßnahmen einzusetzen und auf ihre zügige Umsetzung in der neuen Legislaturperiode hinzuwirken:

1. Genehmigungspraxis auf Landes- und kommunaler Ebene radikal vereinfachen

- Das Land gibt den unteren Fachbehörden der Landkreise per Erlass landesweit einheitliche, verbindliche Prüfmaßstäbe für Netzausbauvorhaben vor.
- Gutachten und Fachbegleitungen (z. B. Bodenschutzgutachten, bodenkundliche Baubegleitung) werden nur bei konkretem, begründetem Anlass gefordert – nicht pauschal. Für temporäre Baustraßen auf ohnehin landwirtschaftlich befahrenen Acker- und Grünlandflächen entfallen sie grundsätzlich.
- Je Vorhaben gibt es eine verfahrensführende Behörde, die alle Stellungnahmen bündelt und entscheidet.
- Das gesetzlich festgeschriebene überragende öffentliche Interesse am Netzausbau muss sich in der Verwaltungspraxis widerspiegeln: Wer im Sinne des Projekts entscheidet, erhält politische und dienstliche Rückendeckung.

2. Erneuerung und Ersatzneubau auf bestehenden 110-kV-Trassen deutlich erleichtern

- Bei Bauvorhaben auf oder unmittelbar neben Bestandstrassen werden nur die zusätzlichen Auswirkungen gegenüber dem Bestand geprüft (Delta-Prüfung). Das vereinfachte Anzeigeverfahren wird zur Regel.
- Eine erneute vollständige Umwelt- und Naturschutzprüfung wie für eine neue Trasse durch unberührtes Gebiet entfällt; Ausgleich wird nur für tatsächliche Mehrbelastungen verlangt.
- Soweit Bundesrecht (EnWG, UVPG, BNatSchG) betroffen ist, setzt sich die Landesregierung im Bundesrat für entsprechende Änderungen ein.

3. Klare Regeln, feste Fristen, Genehmigungsfiktion

- Das Land veröffentlicht für jede Verfahrensart verbindliche Unterlagenkataloge und Checklisten: Was braucht die Behörde konkret, um zu genehmigen?
- Die Vollständigkeit der Unterlagen wird innerhalb einer festen Frist bestätigt; Nachforderungen sind nur einmalig und gebündelt zulässig.
- Für Entscheidungen und Stellungnahmen gelten verbindliche Höchstfristen. Nach Fristablauf gilt die Genehmigung als erteilt bzw. die Zustimmung der beteiligten Behörde als erteilt (Genehmigungsfiktion).
- Genehmigungsbehörden werden personell gestärkt und Verfahren durchgängig digitalisiert.

4. Flächen für den Netzausbau sichern – zu verlässlichen Konditionen

- Das Land schafft landesweit einheitliche, rechtssichere Entschädigungssätze bzw. Obergrenzen für Dienstbarkeiten und Grunderwerb beim Netzausbau.
- Alternativ oder ergänzend werden in der Landes- und Regionalplanung Netzausbaugebiete

bzw. Vorranggebiete für Leitungstrassen festgelegt, in denen Flächenzugriff und Verfahren erleichtert sind.

Adressaten: SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, SPD-Mitglieder der Landesregierung, SPD-Kreistagsfraktion Ludwigslust-Parchim; Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD MV

Begründung

Mecklenburg-Vorpommern erzeugt schon heute deutlich mehr Strom aus Wind und Sonne, als im Land verbraucht wird. Damit dieser Strom genutzt und nicht abgeregelt wird, müssen die Verteilnetze – insbesondere die 110-kV-Ebene – zügig ausgebaut werden. Der Engpass liegt dabei immer seltener in der Technik oder beim Geld, sondern in langwierigen, unklaren Genehmigungsverfahren. Jeder Monat Verzögerung und jedes unnötige Gutachten erhöhen die Kosten, die am Ende über die Netzentgelte von Bürgerinnen, Bürgern und Betrieben in unserer Region getragen werden. Bezahlbare Energie, Wertschöpfung vor Ort und sichere Arbeitsplätze sind sozialdemokratische Kernanliegen – ein schneller Netzausbau ist dafür Voraussetzung.

Zu 1: In der Praxis wollen viele Stellen mitreden und sich absichern, aber niemand entscheidet im Sinne des Projekts. Ein Beispiel: Untere Bodenschutzbehörden verlangen bei nahezu jedem Vorhaben ein Bodenschutzgutachten, teils sogar öffentlich bestellte Bodenschutzbegleiter – auch für temporäre Plattenstraßen auf Acker- und Wiesenflächen, die der Landwirt ohnehin mit schwerer Technik befährt. Jedes dieser Gutachten kostet rund 10.000 Euro, ohne erkennbaren Mehrwert für den Bodenschutz. Einheitliche Landesvorgaben schaffen hier Klarheit für Behörden und Vorhabenträger.

Zu 2: Wird eine bestehende 110-kV-Leitung erneuert oder auf derselben Trasse neu gebaut, durchlaufen die Vorhaben oft dieselben Umwelt- und Naturschutzverfahren wie eine völlig neue Trasse. Das ist sachlich nicht zu rechtfertigen: Der Eingriff in Natur und Landschaft besteht seit Jahrzehnten. Die Nutzung von Bestandstrassen ist zudem die umwelt- und flächenschonendste Form des Netzausbaus und sollte deshalb besonders einfach möglich sein. Erste bundesrechtliche Ansätze (Anzeigeverfahren, Delta-Prüfung) müssen konsequent angewendet und ausgeweitet werden.

Zu 3: Antragsteller wissen häufig nicht, welche Unterlagen eine Behörde konkret benötigt; Nachforderungen kommen in mehreren Runden. Klare Unterlagenkataloge, feste Fristen und eine Genehmigungsfiktion schaffen Planungssicherheit, entlasten die Verwaltung und verlagern die Verantwortung für Verzögerungen dorthin, wo sie entstehen.

Zu 4: Verhandlungen über Leitungsrechte und Flächen ziehen sich oft über Jahre und treiben die Kosten. Einheitliche Entschädigungssätze sorgen für Gleichbehandlung der Eigentümerinnen und Eigentümer und für kalkulierbare Kosten. Ausgewiesene Netzausbaugebiete geben allen Beteiligten frühzeitig Klarheit.

Das Land Brandenburg hat gemeinsam mit den Netzbetreibern bereits ein Programm zur Beschleunigung des Ausbaus der Hochspannungsnetze aufgelegt. Mecklenburg-Vorpommern sollte zu Beginn der neuen Legislaturperiode mit einem eigenen, ambitionierten Paket nachziehen – etwa als Beschleunigungsprogramm der Landesregierung gemeinsam mit den Netzbetreibern.

Abstimmung	**ja**	**nein**	**Enth.**
Stimmen			

Antrag damit	
☐ angenommen	☐ abgelehnt

Beschlussumsetzung:

Unterschriften	
zur Kenntnis: _____	
Ort, Datum	Kreisvorsitzende
_____	
Ort, Datum	Kreisschatzmeister